

Cátia Gonçalves (29) kandidiert fürs Europaparlament, denn „Europawahlen sind eigentlich wichtiger als nationale Wahlen“. Die studierte Politologin zögert nicht, die Schwächen der EU-Politik zu kritisieren, wünscht sich aber eigentlich mehr Europa und mehr Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten.

schungspolitik haben will, muss man auch die finanziellen Mittel für sie bereitstellen.

Ein Punkt, zu dem das Manifest der PSE, der Sozialdemokratischen Partei Europas, deutliche Worte spricht, ist Steuerhinterziehung sowie Steuerflucht und -dumping. Kann man das als luxemburgische Kandidatin mittragen?

Das ist kein einfaches Thema - die PPE übrigens schweigt sich dazu aus. Steuerdumping gibt es in vielen Bereichen, und bei der direkten Besteuerung von Personen zum Beispiel hat Luxemburg sich nichts vorzuwerfen. Grundsätzlich denke ich, dass man mittelfristig zu einem Gleichgewicht der Besteuerung von Arbeit und Kapital kommen muss. Ich störe mich an Einkommen, für die man nicht hat arbeiten müssen, und an spekulativen Kapitalanlagen, die keine reale Entsprechung haben. Allerdings kann sich die EU angesichts der Globalisierung hier keine Alleingänge erlauben, dafür hängen zu viele Arbeitsplätze vom Finanzsektor ab. Ich denke aber, dass wir eine Finanztransaktionssteuer verkraften können.

„Mittelfristig müsste man zu einem Gleichgewicht der Besteuerung von Arbeit und Kapital kommen.“

Sie haben die EU-Politik der vergangenen Jahre kritisiert. Hat die PSE denn ein alternatives wirtschaftspolitisches Konzept?

Ich finde, es wurde zu sehr Wert darauf gelegt, mit Austeritätspolitik und Begrenzung der Haushaltsdefizite ei-

nen guten Eindruck auf die Finanzmärkte zu machen. Wir haben Warnsysteme, die Alarm schlagen, wenn das Defizit eine gewisse Schwelle überschreitet, aber keine, die dies tun, wenn in einem Land die Arbeitslosigkeit 25 Prozent erreicht. Die Sozialpolitik fällt eben nicht in die Kompetenz der EU. Wir haben vor allem die wirtschaftlichen Aspekte vergemeinschaftet, aber die Wirtschaft lässt sich nicht von den anderen Bereichen abkoppeln.

Wo könnte die EU denn noch eingreifen?

Wir müssen weg von der Vorstellung, die Krise in Portugal sei ein Problem, das national gelöst werden muss. Wenn es einzelnen Mitgliedstaaten schlecht geht, geht es auch den anderen schlecht. Statt an den Budgets herumzuschneipeln, müsste man investieren, um das Wachstum anzukurbeln. Eine wirklich gemeinsame EU-Wirtschaftspolitik bedeutet für mich, festzustellen, dass die deutsche Automobilindustrie stark ist, und sie dann dort zu lassen, da das Know-how sich nun einmal in Deutschland findet. Delokalisierung ist hier unsinnig. In ähnlicher Weise müsste man überall in Europa Kompetenzzentren aufbauen, sodass jedes Land profitiert. Die Idee ist, gemeinsam zu investieren und gemeinsam davon zu profitieren.

Das ist ja eher Wirtschafts- als Sozialpolitik?

Die EU-Erweiterungen hatten zu einer Angleichung der sozialen Standards führen sollen, stattdessen haben sie das Sozialdumping hervorgebracht. Die PSE setzt sich jetzt für einen Mindestlohn in allen Mitgliedstaaten ein. Darüber hinaus sollte die EU auch eine gewisse Umverteilung betreiben.



FOTO: RK

In Portugal wurde zum Beispiel ein Teil der Renten um die Hälfte gekürzt. Es gibt ja europäische Hilfsfonds, die man dafür heranziehen könnte. Wenn die Troika soziale Kürzungen und Austeritätsmaßnahmen vorgibt, dann kann sie nicht einfach sagen, für die soziale Abfederung ist das betroffene Land allein zuständig. Man muss die Bedingungen schaffen, damit diese Länder aus dem Schlamassel wieder herausfinden, zum Beispiel über Ausbildungs- und Umschulungsmaßnahmen. Überall, wo die Troika eingreift, müsste es auch eine „Troika bis“ geben, die sich um die sozialen Aspekte kümmert.

„Es klingelt bei drei Prozent Haushaltsdefizit, aber nicht bei 25 Prozent Arbeitslosigkeit.“

Steht der Kandidat Martin Schulz wirklich für eine solche alternative Politik?

Es ist sicherlich gut, mal eine andere Stimme aus Deutschland zu hören, eine, die nicht nur für Austerität plädiert. Man sollte diese Wahlen aber nicht zu stark personalisieren. Martin Schulz bekennt sich zum PSE-Programm und hat als Abgeordneter auch für diese Orientierung gestanden. Mein Eindruck ist, dass er pragmatisch denkt und handelt. Unser Ziel ist es, wegzukommen von der Politik der vergangenen Jahre - der Politik von Merkel, aber auch von anderen Regierungen. Als Kommissionspräsident, mit einer großen PSE-Fraktion im Rücken, kann Schulz ein starker Gegenpol zu jener politischen Ausrichtung sein.